

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Alex Dorow

Abg. Susanne Kurz

Abg. Martin Böhm

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Inge Aures

Abg. Gerd Mannes

Abg. Helmut Markwort

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u. a. und Fraktion (AfD)

Rundfunkbeitrag aufgrund der steigenden Inflation aussetzen (Drs. 18/22500)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 32 Minuten. Erster Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Kollege Prof. Dr. Ingo Hahn.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Vor zwei Monaten haben wir im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst diesen Antrag eingebracht. Leider sah keine der anderen Fraktionen eine befristete Aussetzung oder auch eine Reduzierung des Rundfunkbeitrags für geboten – trotz der steigenden Inflation und trotz der horrenden Energiepreise. Den Regierenden hier ist es offenbar vollkommen egal, wie die alleinerziehende Mutter oder der an der Armutsgrenze lebende Rentner in Bayern über die Runden kommt. Dabei kam die Forderung der Aussetzung des Rundfunkbeitrags doch aus den Reihen der CSU. In einem Interview mit "T-online" vom 1. Mai 2022 äußerte sich der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU im Bundestag Herr Stefan Müller in Sachen Aussetzung des Rundfunkbeitrags wie folgt – ich zitiere –:

Von einer Aussetzung des Rundfunkbeitrags würden einkommensschwache Menschen überproportional profitieren, da alle Haushalte den gleichen Beitrag zahlen müssen.

Was sagen denn die Herren von der Regierungsbank hier zu ihrem Amigo in Berlin? Wurde er gleich zurückgerufen, da die Intendanten der Rundfunkanstalten um ihre Pfründe bangen müssen? Gab es gar einen Anruf des Bayerischen Rundfunks in der

Staatskanzlei bei Herrn Söder? – Meine Damen und Herren, wir wissen es nicht, leider.

(Zuruf: So ein Schmarrn!)

Aber spätestens nach den unmoralischen Maskendeals der Herren Sauter und Nüßlein – ja, wo sind sie denn? – muss man im Freistaat leider vom Schlimmsten ausgehen. Auch wenn viele hier im Hohen Hause es nicht wahrhaben wollen, wie ich da hinten aus den letzten Reihen der CSU vernehme: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat in Deutschland ein massives, mittlerweile enormes Akzeptanzproblem, gerade bei den Menschen unterhalb des Rentenalters. Nicht wenige Bürger in Bayern bezeichnen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mittlerweile in privaten Gesprächen als "Staatsfunk" oder gar "Propagandasender".

(Horst Arnold (SPD): Ach was!)

Wie konnte es dazu kommen? – Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen Auskunft geben. Jeder Bürger weiß doch ganz genau, was er oder sie zu denken hat, wenn er eine Nachrichtensendung oder eine Dokumentation oder selbst einen Krimi in den Öffentlich-Rechtlichen anschaut. Belehrung und Bevormundung finden rund um die Uhr statt. Wissen Sie, meine Damen und Herren, wie das Durchschnittsalter eines Zuschauers bei der ARD ist? Frage in die Runde – keiner weiß es? – Ich sage es Ihnen: 60 Jahre! Ich wiederhole, meine Damen und Herren: 60!

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Aber es wird noch besser. – Herr Arnold, was schätzen Sie denn, wie das Durchschnittsalter beim Bayerischen Rundfunk ist?

(Zuruf: Machst du jetzt eine Vorlesung?)

Ich sage es Ihnen: 64! Das ist das höchste Durchschnittsalter aller Sender insgesamt, egal ob privat oder öffentlich-rechtlich. Sieht so ein modernes Rundfunkwesen in Bayern, in Deutschland aus?

Sie sehen doch auch, wie die Reformdebatten zum staatlichen Fernsehen in Frankreich oder in Großbritannien verlaufen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Zeit der großen staatlichen Sendeanstalten ist endgültig vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das Sehverhalten der meisten Zuschauer ist mittlerweile im 21. Jahrhundert angekommen, auch wenn die anderen Fraktionen das hier gerne anders sehen und an diesen Verträgen festhalten möchten.

Aber – letzter Satz – geben Sie sich einen Ruck, quer durch alle Fraktionen, stimmen Sie der Entlastung der Bürger und einer Entschlackung des Rundfunks zu, wie die AfD das hier im Parlament schon seit Jahren fordert!

(Beifall bei der AfD – Horst Arnold (SPD): Dschungelcamp!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Alex Dorow.

Alex Dorow (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst feststellen: Was wir gerade vom Kollegen Hahn gehört haben, 60 Jahre Durchschnittsalter bei der ARD als Makel? – Ich stelle hiermit fest: Die Partei, die ansonsten anderen Parteien "Jugendwahn" vorwirft, diskriminiert in schönster Art und Weise alle Menschen in Bayern und außerhalb, die über 60 Jahre alt sind. – Schämen Sie sich, Herr Hahn!

(Beifall bei der CSU)

Mit dem vorliegenden Antrag soll die Staatsregierung aufgefordert werden, beim Bund und den übrigen Bundesländern aufgrund der steigenden Inflation in Deutschland eine

auf drei Monate befristete Aussetzung sowie eine auf weitere 18 Monate befristete Halbierung des Rundfunkbeitrags anzuregen. Der Antrag verweist auf die aktuelle Inflationsrate und stellt mit der vorgeschlagenen Aussetzung bzw. Halbierung eine finanzielle Entlastung von insgesamt rund 220 Euro pro Jahr je Beitragszahler bei den Lebenshaltungskosten in Aussicht.

Kolleginnen und Kollegen, eigentlich könnte ich meine Rede hier eins zu eins so beginnen wie vor einem Monat, als ich zu einem ähnlichen Thema der AfD gesprochen habe. Das mache ich natürlich nicht; aber es ist schon wirklich mühselig, gegen solche Polemik der AfD noch zu argumentieren.

Sie fordern eine Aussetzung der Rundfunkbeiträge aufgrund der steigenden Inflation, und um Ihrem Anliegen scheinbar Nachdruck zu verleihen, zitieren Sie ausführlich den CSU-Bundestagsabgeordneten Stefan Müller. Ich darf mich hier der FDP anschließen – deren Vorsitzender hat ab und zu auch mal einen Blackout, das passiert bei uns auch, obwohl die Leute sonst komplett in Ordnung sind. – Sie nutzen das Argument der Entlastung und meinen, das wäre effektiver als die Energiepauschale der Bundesregierung, Kollege Hahn. Ja, ich bin bei Ihnen, wenn Sie sagen, dass wir in der aktuellen Situation bessere Entlastungen brauchen. Das ist notwendig und sollte von der Bundesregierung auch schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden. Es fehlt zudem auch an weiteren Maßnahmen, um uns beispielsweise auf die kalte Jahreszeit vorzubereiten. Aber Sie haben nun diesen Anlass genutzt, um die Aussetzung der Rundfunkbeiträge zu fordern. Seien wir doch mal ehrlich, seien doch Sie mal bitte ehrlich! Ihnen geht es – das schien in Ihrer Rede von Anfang bis Ende durch – darum, dass Sie grundsätzlich gegen die Rundfunkbeiträge sind und dass Sie grundsätzlich gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind. Das ist es, was dahintersteht. Sie fordern jetzt eine Aussetzung, aber eigentlich wollen Sie die Abschaffung. Sie begründen diesen Vorstoß zur Abwechslung jetzt mal wieder mit der Inflationsrate. Der Rundfunkbeitrag – das sage ich Ihnen, Kolleginnen und Kollegen – eignet sich aber nicht als Lückenbüßer für gestiegene Lebenshaltungskosten; hierfür gibt es andere Instrumente,

die besser geeignet wären und eine bessere Wirkung hätten: Senkung der Mineralölsteuer – um ein Beispiel zu nennen –, Senkung der Energiesteuer, Senkung der Mehrwertsteuer, vor allem auf Lebensmittel, alle Grundnahrungsmittel. Es ist zu kurz gedacht, wenn man nun pauschal Beiträge aussetzen möchte, ohne eine Gegenfinanzierung sicherzustellen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

An diesen Beiträgen hängen Zahlungen an Mitarbeiter, Arbeitnehmer, Familien und Pensionen von Rundfunkangestellten. Haben Sie das überhaupt bedacht? Ich glaube: nicht.

(Martin Böhm (AfD): Doch!)

– Das merkt man. – Es ist zu kurz gedacht, wenn man ein bestehendes System ohne umfassende Reformen oder Gegenfinanzierung mit einem Einnahmestopp belegt. Journalistische Leistungen, Kolleginnen und Kollegen, kosten Geld, und das ist ohne Rundfunkbeiträge derzeit schlicht nicht ausreichend vorhanden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Der Rundfunkbeitrag eignet sich nicht als Notfallhilfe, da an ihm Gehälter, Pensionen und die gesamte Versorgung vieler Mitarbeiter hängen.

(Martin Böhm (AfD): Pensionen! Vor allen Dingen Pensionen!)

– Ja, Pensionen. Das ist etwas, was Sie, glaube ich, auch mal haben wollen.

(Martin Böhm (AfD): 12,8 % der Rundfunkbeiträge! Das ist es, was Sie verschweigen!)

– Kollege Böhm, Sie geben vor, für die kleinen Leute da zu sein. Genau daran lassen Sie es in diesem Antrag fehlen; das ist das Gegenteil von dem, was Sie behaupten.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

Der Vorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbandes wünschte sich vor Kurzem –
–

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

– Ja, das wird durch Schreien auch nicht besser, Kollege Böhm. Wir machen Politik mit dem Kopf und nicht mit dem Kehlkopf. Das ist der Unterschied zwischen uns.

(Beifall bei der CSU)

Der Vorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbandes wünschte sich vor Kurzem, dass Journalistinnen und Journalisten mehr Unterstützung erfahren. Gerade in dieser Zeit brauchen sie das wohl. Einige berichten unter Lebensgefahr, etwa aus der Ukraine; viele haben auch in den letzten beiden Jahren während der Corona-Pandemie – ich weiß, Sie bestreiten das – hervorragende Arbeit geleistet, sowohl diejenigen, die für die Öffentlich-Rechtlichen tätig sind, als auch natürlich jene in den privaten Anstalten!

Ja, noch einmal: Es gibt auch aus unserer Sicht Reformbedarf beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Mittelfristig ist eine der Zeit angepasste Definition des Begriffs der Grundversorgung notwendig. Dann könnten durch eine Verschlinkung der Strukturen natürlich auch die Beiträge reduziert werden. Das können wir aber ohne eine solche Reform nicht übers Knie brechen.

Kolleginnen und Kollegen von der AfD, der Unterhaltungsbereich, den Sie so gerne kritisieren, hat eine vom Bundesverfassungsgericht garantierte Existenzberechtigung. Ihr Antrag verkennt schlicht die verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Ausgestaltung und Finanzierung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die das Bundesverfassungsgericht in ständiger Rechtsprechung aus der Rundfunkfreiheit ableitet. Der verfassungsrechtliche Funktionsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks umfasst zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit auch eine bedarfsgerechte Finanzierung.

Vermischen wir also an dieser Stelle bitte nicht die dringend notwendige Entlastung der Menschen, die keiner infrage stellt, mit einer Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks! Es besteht eine staatliche Gewährleistungspflicht bzw. ein grundrechtlicher Finanzierungsanspruch der öffentlich-rechtlichen Sender. Der Bedarf wird, wie Sie wissen, von der KEF als unabhängigem Expertengremium festgestellt und lässt Abweichungen nur aus Gründen zu, die vor der Rundfunkfreiheit Bestand haben. Kurz gesagt: Sachfremde Erwägungen schließt dies gerade nicht ein.

Noch einmal: Der Rundfunkbeitrag ist kein geeignetes Instrument zur Entlastung der Beitragszahler, da die Kosten aus ganz anderen Gründen gestiegen sind und es bei Weitem effektivere Maßnahmen – ich habe einige genannt – und Instrumente zur Dämpfung der Inflation gibt.

Kollege Hahn, ich würde Sie eigentlich gerne einladen, sich in diese Sache mit uns konstruktiv einzubringen – sowohl in der Debatte über mögliche Entlastungen und Unterstützungen für unsere Bürger, als auch was die Reformen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks betrifft. Ich bin nach dieser Rede aber mittlerweile skeptisch, dass dieser Appell wirklich noch ankommt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ihnen geht es mit solchen Anträgen nicht um eine wirkliche Lösung, sondern – habe ich den Eindruck – eher darum, Themen zu spielen, die Sie anschließend in den sozialen Medien und in Ihrer Öffentlichkeitsarbeit nutzen können. In der Sache ist der Antrag weder effektiv noch gerecht. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dorow, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Prof. Hahn, AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Kollege Dorow von der CSU-Fraktion, wer leidet unter den GEZ-Gebühren denn am allermeisten? – Das sind doch die Menschen, die kaum Geld haben, weil sie den gleichen Beitrag wie alle anderen zahlen. Der Millionär zahlt genau den gleichen Beitrag wie ein Rentner, der nicht weiß, wie er seine Stromrechnung bezahlen soll, ein Student, der nicht weiß, ob der nächste Winter sehr kalt für ihn wird, oder junge Familien, die ob ihrer Kinderwahl ohnehin am finanziellen Minimum kratzen.

Wir haben in Deutschland mehr als 8 Milliarden Beiträge. Sie haben nichts anderes zu tun, als hier die Pflicht dieses Hohen Hauses zu erwähnen, wahrscheinlich immer noch mehr zu zahlen.

Ja, man kann einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk machen. Man muss ihn dann aber auf die grundsätzlichen Aufträge von Bildung usw. runterfahren.

Wenn einer aus Ihren Reihen – jetzt der PGF Stefan Müller – einfach mal was für die Menschen, für die Bürger, für den kleinen Mann sagt, dann bezichtigen Sie ihn hier eines Blackouts. Das ist ganz klassisch. Da haben mehrere Leute –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): – in der CSU vielleicht mal einen Blackout. Es wäre aber mal ein guter Ansatz, und es wäre schön, wenn Sie sich hier auch einmal zum kleinen Mann bekennen würden.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dorow, bitte.

Alex Dorow (CSU): Herr Kollege Hahn, ich lade Sie, wie gesagt, noch einmal herzlich ein, sich mit uns zusammzusetzen und konstruktiv über diese neue Definition zu reden. Von Ihnen ist bisher in der gesamten Zeit, in der Sie hier im Landtag sind, nichts, aber auch gar nichts gekommen außer Polemik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist der entscheidende Unterschied. Wenn das mal so weit ist, dann können wir darüber sehr gern reden. Vorher nicht!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dorow. – Nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Susanne Kurz.

Susanne Kurz (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrtes Präsidium, Herr Präsident! Herr Hahn, ich war 15 Jahre lang alleinerziehend und solo-selbstständig. Ich habe dort gelebt, wo der von Ihnen oft zitierte kleine Mann ist. Ich weiß, wie es dort aussieht – im Gegensatz zu Ihnen!

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Haben Sie die GEZ bezahlt?)

– Man wird befreit, wenn das Einkommen nicht ausreicht. Auch dazu gibt es Regelungen. Ich brauche garantiert keine AfD, die hier wieder von rechtsaußen herumpolemiert, um mir zu erklären, wie der Hase läuft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in ganz Europa sind unabhängige Medien als Säule der Demokratie Zielscheibe rechtspopulistischer Bewegungen. In Polen übernahm der staatliche Ölkonzern PKN Orlen 2020 Polska Press. 20 von 24 Tageszeitungen, 120 Wochenzeitungen, 500 Internetportale sind seither in Staatsbesitz. Unter der PiS-Regierung hat die Pressefreiheit durch juristische Schikanen und physische Angriffe gelitten: Entzug staatlicher Anzeigen, Manipulation beim Vertrieb und regulatorische Diskriminierung. – So das International Press Institute 2021. "Reporter ohne Grenzen" setzt Polen daher auf der Weltrangliste der Pressefreiheit 2021 auch nur noch auf Platz 64. Deutschland liegt im selben Jahr auf Platz 13.

In Ungarn beschloss die Orbán-Regierung schon 2010 ein repressives Gesetz zur staatlichen Medienkontrolle. Gleichzeitig begann der Staat mit Anzeigenentzug in kriti-

schen Medien. Kritische Sender wurden bei der Vergabe von Frequenzen gezielt benachteiligt. Mehrere TV- und Radio-Sender wurden zu einem Anbieter mit gemeinsamer "Superredaktion" vereinigt. Die Chefredaktion dieses Anbieters ist nun komplett in der Hand von Orbáns Gefolgsleuten.

Noch 2018 war dieser Orbán übrigens Gast bei der CSU-Klausur. Bei kritischen Berichten ausländischer Korrespondenten über die ungarische Regierung interveniert Orbán gerne mal direkt bei den jeweiligen Auslandsredaktionen.

Deutsche Journalistinnen und Journalisten in den ARD-Auslandsstudios erleben solche Vereinnahmungsversuche täglich in ihrer Arbeit, zum Beispiel in Russland, wo nach AfD-Manier Pressefreiheit beschnitten wird und das Wort "Krieg" für den Überfall auf die Ukraine verboten ist.

Aber nicht nur die Putins und Orbáns der Welt torpedieren unabhängige Medien: Boris Johnson hat es fertiggebracht, eine Medienministerin zu installieren, die einen vermeintlichen sogenannten "Elitismus" der BBC öffentlich beklagt, die bei "I'm a Celebrity...Get Me Out of Here!" – der britischen Version des Dschungelcamps – teilnimmt und wenig später mit Boris-Johnson-Support die Finanzierung der britischen BBC, des weltweit ältesten und traditionsreichsten Senders, einstampft. Mit diesem Angriff auf die Finanzierung ist nicht nur die unabhängige Berichterstattung, sondern auch der ganze Bestand dieses öffentlich-rechtlichen Senders in Gefahr, eines Senders, der für uns Deutsche in Zeiten von Krieg und Diktatur, als wir hier keine unabhängige und freie Presse hatten, täglich Informationen lieferte.

Warum erzähle ich von Boris Johnson? – Weil sich die AfD – wir haben es gerade gehört, und das ist der eigentliche Warnschuss heute – in Ihrem Antrag auf eine Steilvorlage der CSU bezieht. Dieser Parlamentarische Geschäftsführer, der gefordert hat, den Rundfunkbeitrag auszusetzen, gab in seinen weiteren Ausführungen, wo er als CSU-Bundespolitiker übrigens gar nicht zuständig ist, denn die Staatsverträge werden von den Ländern verhandelt, gleich noch mit, wohin seiner Meinung nach die Reise

geht. Eine Verschlankung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei – so der CSU-Mann – unabdingbar. Was aber wie reformiert werden soll, um den so wichtigen Schritt des Öffentlich-Rechtlichen in die Zukunft des Non-Linearen zu sichern, davon sprach er nicht.

Ja, liebe CSU, Sie sind hier dringend gefordert, sich mit Lösungen zu befassen, statt nur Kleinholz zu produzieren und Steilvorlagen für die AfD zu liefern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Ich möchte die AfD dabei allerdings ausdrücklich ausladen. Die hat nämlich bisher noch keinen einzigen sinnvollen Beitrag geleistet.

(Zurufe von der AfD: Oje!)

Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach festgehalten, dass unsere Öffentlich-Rechtlichen auskömmlich finanziert werden müssen.

Lieber Kollege Dorow, allerdings wurde der Auftrag gerade eben final verhandelt. Die CSU-geführte Staatsregierung – aktuell CSU-besetzt – hat hier ja mitverhandelt. Das heißt, die dringend benötigten Reformen waren jetzt gefragt. Es stehen auch dringend nötige Reformen drin im Entwurf des neuen Medienstaatsvertrags. Wie wir das dann finanzieren, wird im nächsten Schritt weiter geklärt.

Ja, die Bürde auf den Schultern der Menschen wiegt hier und heute schwer. Die Bundesregierung hat auch einiges unternommen: 15 Milliarden Euro Entlastung: Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer massiv erhöht – das hilft übrigens nicht nur niedrigen Einkommen, sondern auch Solo-Selbstständigen –; die Energiekostenpauschale; Kinderbonus von 100 Euro pro Kind; Tankrabbatt; 9-Euro-Ticket; Einmalzahlung für Menschen, die Sozialleistungen beziehen, und und und.

Niemand muss unseren öffentlich-rechtlichen Rundfunk torpedieren, um die großen und schweren Herausforderungen unserer Zeit zu lösen. Ganz im Gegenteil: Gerade

in Zeiten tiefer Krisen brauchen wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, weil er unsere Demokratie frei vom Auf und Ab des Werbemarktes resilient macht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das duale System hat sich bewährt, ob das der AfD passt oder nicht. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Kurz. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Böhm von der AfD-Fraktion.

Martin Böhm (AfD): Liebe Kollegin, Sie kritisieren Ungarn und Polen, weil dort angeblich unabhängige Sender benachteiligt werden. Wir leben hier in Deutschland. Dort benachteiligt ein vom Volk finanzierter Regierungsfunk frei gewählte Parteien. Das ist der Unterschied zwischen Polen, Ungarn und Deutschland. So groß ist er aber gar nicht, wenn man diesen Tatsachen ins Auge schaut. Ganz nebenbei: Bei den Printmedien sind die Eigentumsverhältnisse so: Ungefähr 20 % der Printmedien sind im Besitz der SPD-parteinahen Stiftungen; darauf will ich jetzt aber gar nicht hinaus.

Was mir stattdessen wichtig ist: Ich will noch einmal auf die Beitragshöhe insgesamt eingehen. Wir müssen wissen, dass ungefähr 12,8 % aller Rundfunkbeiträge – mit steigender Tendenz – dazu dienen, Renten und Rückstellungen für Renten zu bedienen. Sie haben es vollkommen falsch gesagt; uns geht es nicht um die vollkommen legitime Zusatzrente von 1.000 Euro für den einfachen Mitarbeiter in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten; uns geht es um die Intendantenrenten mit weit über 100.000 Euro pro Jahr. Wie sehen Sie es, dass Intendanten 100.000 Euro Altersversorgung bekommen und der normale Bürger nicht weiß, wie er seine Rechnungen bezahlen soll?

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Denken Sie an Ihre Redezeit! – Frau Kurz, bitte.

Susanne Kurz (GRÜNE): Der Experte für Alleinerziehende und Geringverdiener tut hier noch einmal kund, was er im Pressebereich wirklich für möglich, nötig und geboten hält. Man merkt leider Ihren Ausführungen an, dass Sie sich eine Medienwelt vorstellen, die von amerikanischen Großindustriellen und deren Plattformen dominiert wird, wo Sie dann in Ihren Echoblasen herumpolemisieren können. Das ist das wahre Problem. Vielleicht schauen Sie sich da einmal an, was die verdienen, wenn Sie von ihnen nicht sogar noch Aktien halten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Kurz. – Nächster Redner ist der Kollege Rainer Ludwig für die FREIEN WÄHLER.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zuerst ein Wort an Frau Kollegin Kurz richten. Sie haben hier eben einen interessanten Vortrag gehalten; leider muss ich Ihnen aber bescheinigen: Er ging völlig am Thema vorbei. Sie haben das Thema verfehlt.

(Andreas Winhart (AfD): Sehr gut!)

Wir reden hier und heute nicht über die Reform des öffentlichen Rundfunks, sondern wir kommen zurück auf das Kernthema der AfD, das da heißt: Mit dem Rundfunkbeitrag wollen wir steigende Inflation aussetzen. – Meine Damen und Herren, das ist wieder ein Antrag, der im zuständigen Ausschuss bereits von allen anderen Fraktionen abgelehnt worden ist. – Herr Hahn, Sie sollten erkennen, dass dieser Antrag auch hier im Plenum keinen Sinn hat. Ich habe festgestellt: Sie haben heute viel Unsinn von sich gegeben.

(Beifall und Heiterkeit der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER) und Tanja Schorer-Dremel (CSU) – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Nicht nur heute!)

Ich muss schon sagen: Es ist mir ein Rätsel, warum Sie gerade eine auf drei Monate befristete Aussetzung sowie eine auf weitere 18 Monate befristete Halbierung des Rundfunkbeitrags anregen und durchsetzen wollen. Das sind doch einfach willkürlich herausgegriffene Werte, wahllos, gedankenlos und flexibel austauschbar. Warum liegt Ihr Fokus gerade auf dem Rundfunkbeitrag?

Die Rundfunkgebühren sind in keiner Weise ursächlich für die steigenden Energie-, Kraftstoff- und Lebensmittelpreise. Auch die Überlegungen zu einer eventuellen Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stehen in keinem Zusammenhang mit einer inflationären Entwicklung. Das ist ein völlig anderes Thema, das die Kollegin der GRÜNEN aufgegriffen hat. Darüber müssen wir aber heute nicht diskutieren. Nur so viel: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat eine vom Bundesverfassungsgericht garantierte Existenzberechtigung; das hat Kollege Dorow bereits erwähnt. Das gilt auch für den Rundfunkbeitrag. Über eventuelle Reformen können wir gerne reden, aber nicht hier und heute an dieser Stelle.

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Es ist völlig zusammenhang- und substanzlos, was Sie hier proklamieren. Es ist erneut ein Beweis dafür, dass es Ihnen gar nicht um den Inhalt geht. Wieder einmal liefern Sie einen kruden Schaufensterantrag, mit dem Sie lediglich wieder einmal öffentliche Aufmerksamkeit erwecken und sich in Ihren sozialen Netzwerken profilieren möchten.

Sicherlich ist es auch unser Ziel, dass unsere Bürgerinnen und Bürger aufgrund der aktuellen Krisensituation, der genannten Preisexplosionen und der damit verbundenen Inflationstendenzen entlastet werden. Es ist auch ein Anliegen der FREIEN WÄHLER, in dieser Krise soziale Härte- und Notfälle zu vermeiden. Wir haben dazu eine eigene Resolution verabschiedet, damit die Wirtschaft und die Menschen nicht ins finanzielle

Abseits laufen. Wir haben dazu erst vorletzte Woche hier an dieser Stelle in einem eigenen Dringlichkeitsantrag ausführlich Stellung genommen; er hieß: "Verlässliche Unterstützung von privaten Haushalten angesichts steigender Energiepreise".

Ich muss das heute und hier nicht wiederholen und verweise auf die Inhalte. Wir haben damals pragmatische, sinnvolle und realisierbare Vorschläge unterbreitet. Mit einem Maßnahmenpaket zum Umgang mit den hohen Energiekosten hat die Ampel nicht zuletzt durch unsere Anregungen Forderungen der Regierungskoalition aufgegriffen, hat erste Signale im Bund gesetzt, um den Betroffenen diverse Unterstützungsleistungen zu gewähren; auch die sind hier bereits ausführlich genannt worden.

Viele dieser Maßnahmen sind für uns aber halbherzig und können die Belastungen nur geringfügig ausgleichen. Viele dieser Maßnahmen bieten wegen ihres Einmalcharakters auch kaum verlässliche Perspektiven; hier muss man noch erheblich nachjustieren. Wir FREIEN WÄHLER sehen in erster Linie Optionen durch Entlastungen bei Steuern und Abgaben. Wir wünschen uns da schon ein energischeres und zielgenaueres Vorgehen auf Bundesebene und mehr als das, was der grüne Wirtschaftsminister und die Ampel derzeit an den Tag legen.

Aber eines – und damit möchte ich schließen – ist wahrlich unstrittig: Meine Damen und Herren der AfD, der Rundfunkbeitrag ist garantiert nicht das Wundermittel als Notfallhilfe, um die Inflation nach dem Gießkannenprinzip zu bekämpfen. Hierfür gibt es genügend andere sozial gerechtere Instrumente mit entsprechend größerer Hebelwirkung. Insofern ist Ihr Antrag völlig praxisfremd und überflüssig. – Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Ludwig. – Für die SPD-Fraktion hat die Kollegin Inge Aures das Wort.

Inge Aures (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sind wir froh, dass wir in einer Demokratie leben! Seien wir froh, dass es einen öffentlich-rechtlichen

Rundfunk gibt, und seien wir stolz darauf, dass wir Journalisten haben, die ihr Handwerk verstehen und sich auch an die Regeln halten! Und seien wir froh, dass wir nicht in Russland leben; denn dort sehen wir gerade in der aktuellen Situation, wie die Medien gespielt werden, dass die Bürger für dumm gehalten werden. Deshalb ist es wichtig, dass wir zu unserem öffentlich-rechtlichen Rundfunk stehen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen Sie sich einmal um, wie viele Leute sich Netflix und anderes leisten können, dann aber immer lamentieren, wenn sie die Gebühr für den öffentlichen Rundfunk bezahlen müssen. Es gibt genügend Tatbestände, nach denen die Menschen von dieser befreit werden können. Deshalb muss ich ganz deutlich sagen: Ich kann mich in verkürzter Form den Ausführungen der Kollegin Kurz anschließen. Wir sind beide gemeinsam im Rundfunkrat; dort sind auch zwei Kollegen von der AfD. Der eine ist im Medienrat; der andere ist im Rundfunkrat. Machen Sie doch dort einmal Ihren Mund auf, und geben Sie zum Besten, was Sie hier heute von sich geben.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Für uns als SPD möchte ich sagen, dass dieser Antrag realitätsfremd, nicht durchführbar und völlig überflüssig ist. Im federführenden Ausschuss für Wissenschaft und Kunst ist sehr ausführlich debattiert worden. Dort ist der Antrag mit allen Stimmen der demokratischen Parteien abgelehnt worden. So ein unvernünftiger Schaufensterantrag verdient es nicht, im Plenum behandelt zu werden. In diesem Sinn lehnt die SPD-Fraktion diesen Antrag ab.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Aures, bitte bleiben Sie noch am Mikrophon. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): In Bezug auf die Öffentlich-Rechtlichen sprechen Sie immer von Demokratie. Ich lese Ihnen einmal schnell eine Statistik vor. 2022 gab es seit der Bundestagswahl 58 Talkshowauftritte der CDU/CSU, 58 der SPD, 45 der GRÜNEN, 35 der FDP, 18 der Linken und 0 der AfD. Halten Sie das wirklich für demokratisch, was der öffentlich-rechtliche Rundfunk hier macht? Das ist doch eigentlich nichts anderes als Zensur. Wir werden regelrecht wegzensiert. Da können Sie von den anderen Parteien nicht über Demokratie sprechen. Das ist doch schlicht falsch. Das ist eben keine Demokratie.

Inge Aures (SPD): Ich kann hier selbstverständlich über Demokratie reden. Sie entlarven sich immer selbst. Überlegen Sie sich selbst, warum Sie nicht eingeladen werden.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist Herr Kollege Helmut Markwort für die FDP-Fraktion.

Helmut Markwort (FDP): Verehrtes Präsidium, liebe Kollegen und Kolleginnen! Hier wird ja kräftig über die AfD gelästert. Ich will aber schon noch einmal daran erinnern, dass dieses Projekt noch auf dem Mist der CSU gewachsen ist. Es war Stefan Müller, der Parlamentarische Geschäftsführer aus Erlangen im Bundestag, der vorgeschlagen hat, man sollte den Rundfunkbeitrag aussetzen. Das ist das gigantischste Projekt der Gießkanne, von dem ich je gehört habe: 39 Millionen Haushalte sollen nicht mehr zahlen müssen. Das ist so etwas von sozial ungerecht. Der Wiesnwirt und der Kleinrentner, der Chefarzt und die Krankenschwester sowie alle hier versammelten Vertreter des Volkes brauchen nicht mehr zu zahlen. Das ist völlig unsozial und hilft überhaupt niemandem.

Herr Prof. Hahn, Sie haben von "Armutsgrenze" gesprochen. Das hat hier mit Armutsgrenze nichts zu tun. Hier ist niemand bedürftig. Wir könnten allenfalls über die Bedürftigen reden. Das möchte ich tun, da dadurch das Thema beleuchtet wird. Es gibt natürlich Menschen – von diesen 39 Millionen Haushalten ist das vielleicht eine halbe

Million –, die durch die Inflation, die Kostensteigerungen und die zu erwartenden Nebenkostenabrechnungen an die Armutsgrenze rücken. Sie könnten an die Schwelle rücken, bei der man vom Rundfunkbeitrag befreit wird. An diese Menschen sollten wir denken. Das sind übrigens auch die Opfer der Flutkatastrophe an der Ahr, die zum Teil von diesen Gebühren befreit wurden.

Ich appelliere an die Menschen, die sich an der Grenze zur Armut befinden und die bislang knapp davor waren, vom Beitrag befreit zu werden. Was müssen sie tun? – Sie müssen zu ihrem Sozialamt gehen und dort ihr finanzielles Dilemma darlegen. Diese Daten gehen dann an die Beitragszentrale in Köln. Ich appelliere an die Sozialämter, großzügig zu sein, und an den Beitragsservice in Köln, den Beitrag für diese Menschen zu ermäßigen oder auszusetzen. Das sind vielleicht 100.000 oder von mir aus 300.000 Leute, aber viel weniger als die 39 Millionen Haushalte, die hier vorgeschlagen werden. Für die ARD und das ZDF würde das Mindereinnahmen von 2,5 Milliarden Euro bedeuten.

Heute ist ein paar Mal das Wort "Steilvorlage" gefallen. Das wäre eine Steilvorlage, von uns eine neue Beitragserhöhung zu verlangen. Das wollen wir nicht. Die Freien Demokraten sind auch für eine Reform der Gebühr, aber das wäre keine Reform, das wäre ein Schlag ins Kontor.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Markwort. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wissenschaft und Kunst empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der

FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Klingen. Enthaltungen? –
Keine. Der Antrag ist abgelehnt.